

Studierendenschaft der Universität Hamburg

Vorlage 2425/37

- Studierendenparlament -

Wahlperiode 2024/2025

9. Juli 2024

Unterrichtung durch das Präsidium des Studierendenparlamentes

Der studentische Vertreter der Studierendenschaft der Universität Hamburg hat folgenden Bericht übermittelt:

Tätigkeitsbericht des studentischen Vertreters in der Vertreterversammlung des Studierendenwerkes

Das vergangene halbe Jahr meiner Tätigkeit als Vertreter der Studierenden der Uni Hamburg in der Vertreterversammlung (sic!) des Studierendenwerkes insbesondere von der Auseinandersetzung um die Beitragshöhe geprägt. Ein weiteres Thema war unter anderem die Abschaffung der Barzahlung in den Mensen und einigen Cafés am Von-Melle-Park.

I. Finanzierung des Studierendenwerkes und beschlossene Erhöhung der Semesterbeiträge

1. Hintergrund

Auf Grund des Auslaufens von Sonderzuschüssen der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH), die im Zuge des Umsatzrückganges während der Coronapandemie und der Energie- und Inflationskrise geleistet wurden, prognostizierte der Geschäftsführer des Studierendenwerkes der Vertreterversammlung auf ihrer Sitzung im März 2024 eine nicht konkret zu beziffernde Finanzierungslücke im unteren einstelligen Millionenbereich ab dem Haushaltsjahr 2025.

Bereits 2023 hat das Studierendenwerk verschiedene Sparmaßnahmen umgesetzt und konnte inklusive Sondererlösen € 800.000 erzielen. Die Perspektive war: Wenn es keine Erhöhung des dauerhaften Zuschusses durch die Stadt gäbe, dann müsste die Differenz zum Bedarf entweder durch Einschränkungen im Angebot des Studierendenwerkes oder durch eine Erhöhung der Semesterbeiträge und Hochschulgastronomiepreise ausgeglichen werden.

Die Festlegung der unterschiedlichen Preis- und Beitragshöhen beim Studierendenwerk erfolgen durch unterschiedliche Gremien bzw. Funktionen: Die Vertreterversammlung ist für die Festlegung des Semesterbeitrags zuständig, während der Geschäftsführer die Miethöhe bestimmt und der Aufsichtsrat über die Mensapreise entscheidet. Der Aufsichtsrat ist dabei gesetzlich verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushaltsplan zu beschließen, sodass ihm als letzte Möglichkeit zum Ausgleich eines durch den Geschäftsführer vorgelegten defizitären Haushaltsplanes nur die Erhöhung der Mensapreise bliebe.

2. Verlauf der Verhandlungen

Die Wissenschaftsbehörde stellte sich zunächst auf den Standpunkt, dass das höhere Defizit in erster Linie durch die Seite der Studierenden auszugleichen sei. In der März-Sitzung der Vertreterversammlung sagte die Staatsrätin der Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke (BWFGB) zu, sich in den Haushaltsvorverhandlungen im Senat für eine Erhöhung des Zuschusses einzusetzen. Wir studentischen Vertreter*innen beendeten daraufhin die Beratung im März, um später auf der Grundlage belastbarer Zahlen weiter zu debattieren.

Im April und Mai 2024 fanden intensive Diskussionen und Gespräche mit verschiedenen Akteur*innen statt, in denen unterschiedliche Möglichkeiten zur (Fremd-)Finanzierung zur Erschließung weiterer Einnahmequellen für das Studierendenwerk besprochen wurden. Ziel war, dem Studierendenwerk die Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes zu ermöglichen und gleichzeitig besondere Härten zu vermeiden. Nach Abschluss der Verhandlungen zwischen Wissenschafts- und Finanzbehörde war klar, dass nur ein Bruchteil des durch die Behörde angemeldeten Mehrbedarfes im Entwurf des Hamburger Landeshaushaltes vorgesehen wird. Da die Haushaltsaufstellung des Studierendenwerkes aus betrieblichen Gründen vor den eigentlichen Haushaltsverhandlungen in der Hamburgischen Bürgerschaft erfolgt, musste auf Grundlage dieser Zahlen weitergearbeitet werden.

Die zunächst diskutierte Strategie, die Entscheidung weiter zu vertagen, um damit den Druck zu erhöhen, erschien vor dem Hintergrund der Ankündigung des Aufsichtsrates, in dem Falle seiner Pflicht zur fristgerechten Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes (→ Mensapreiserhöhungen) nachzukommen, nicht zielführend.

Die studentischen Vertreter*innen aller Hochschulen außer der HAW einigten sich daher in intensiven Verhandlungen mit Geschäftsführung des Studierendenwerkes und der Wissenschaftsbehörde auf ein umfangreiches Kompromisspaket. Dieses beinhaltet insbesondere eine Beitragserhöhung um €16, verteilt auf zwei Semester (SoSe 2025: +€8, WiSe 2025/26: +€8) sowie eine Erhöhung der Hochschulgastronomiepreise um im Durchschnitt 6%, wobei der Preis teurerer Gerichte stärker steigt und der Pottkieker (täglich wechselnder veganer Eintopf für €2,20) preislich stabil bleibt.

Trotz der notwendigen Beitragserhöhung haben wir es geschafft, einige Verbesserungen für die Studierenden zu vereinbaren:

1. An den Mensa-Standorten Philosophenturm und Berliner Tor wird das Angebot der Pasta-, Gemüse- und Salatbar bis zum Betriebsschluss aufrechterhalten. Dadurch können Studierende auch spät noch ein günstiges Essen erhalten.
2. Snackautomaten mit einem herzhaften und süßen Angebot werden an mehreren Standorten aufgestellt bzw. das vorhandene Angebot wird ausgeweitet. Dies betrifft insbesondere die Standorte Staats- und Universitätsbibliothek/Café Carl, Hafen-City-Universität und Berufliche Hochschule Hamburg.

3. Die Einrichtung eines Cafés an der Hochschule für Musik und Theater wird weiterhin beabsichtigt.

3. Ausblick

Der Haushaltsplan für 2025 der FHH ist noch nicht durch die Bürgerschaft beschlossen. Es besteht also nach wie vor die Möglichkeit, durch öffentlichen Druck und Lobbyarbeit Einfluss zu nehmen und eine weitere Erhöhung des Zuschusses zu erreichen. In einem solchen Fall könnte die Vertreterversammlung auf ihrer Dezembersitzung die beschlossenen Beitragserhöhungen noch zurücknehmen.

Auch grundsätzlich müssen wir uns für höhere staatliche Zuschüsse einsetzen. Verstärkte Lobbyarbeit und eine bessere Öffentlichkeitsarbeit sind notwendig, um die finanzielle Lage des Studierendenwerks und die damit verbundenen Herausforderungen im öffentlichen Diskurs präsent zu halten.

Folgender konkrete Punkte verfolge ich in meiner weiteren Gremienarbeit:

1. Erhöhung der staatlichen Zuschüsse: Die FHH muss ihre finanzielle Unterstützung für das Studierendenwerk erhöhen, um die dringend benötigte Stabilität zu gewährleisten.
2. Die teilweise Wiedereinführung der Barzahlung in den Mensen am Campus Von-Melle-Park. (Umgesetzt in der Mensa Studierendenhaus).
3. Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit: Die finanzielle Situation der Studierenden und des Studierendenwerks muss stärker in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt werden.
4. Kontinuierliche Evaluierung der Finanzsituation: Die finanzielle Lage des Studierendenwerks muss regelmäßig überprüft und bei Bedarf frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden.
5. Nachhaltige Finanzierungsstrategien: Langfristige und nachhaltige Finanzierungsstrategien müssen entwickelt werden, um zukünftige Krisen zu vermeiden.

II. Verbesserung der Infrastruktur

Ein weiteres zentrales Thema war die Verbesserung der Infrastruktur an den verschiedenen Hochschulstandorten. Hierzu gehörten Pläne zur Renovierung und Erweiterung von Mensa- und Cafeterien, um die Kapazität und Qualität der Angebote zu sichern bzw. zu erhöhen. Besondere Aufmerksamkeit galt der umstrittenen und durch die Hochschule und Studierenden geforderten Einrichtung eines neuen Cafés an der Hochschule für Musik und Theater, um die gastronomische Versorgung der Studierenden dort zu verbessern.

III. Nachhaltigkeit

Die Vertreterversammlung befasste sich auch mit Fragen der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes. Es wurden Maßnahmen diskutiert, um die ökologischen Standards in den Einrichtungen des Studierendenwerks zu erhöhen. In der Hinsicht wurden keine weiteren konkreten Maßnahmen beschlossen.

IV. Soziale Unterstützung

Ein weiteres studentisch gesetztes Thema war die Verbesserung der sozialen Unterstützung für Studierende. Die Vertreterversammlung setzte sich für die Erweiterung der Beratungsangebote ein, um Studierenden in finanziellen, psychischen oder sozialen Notlagen besser helfen zu können. Hier gibt es noch keine konkreten Ergebnisse.

V. Entlastung der Geschäftsführung und der Mitglieder des Aufsichtsrates

In ihrer Kontrollfunktion hat die Vertreterversammlung die Berichte des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung entgegengenommen und beide entlastet.